

Bewegung für Sozialismus
FÖJ

offensiv links

3 | Mai '74

Arbeitskämpfe
in Österreich
4

Wahlen in Frankreich
7

Internationale Nachrichten
9

Demonstriert mit uns am 1. Mai!

FÜR EINE KLASSENBEWUSSTE GEWERKSCHAFTSPOLITIK!

FÜR HÖHERE LÖHNE - GEGEN DIE TEUERUNG!

FÜR DIE ARBEITERKONTROLLE!

GEGEN DIE MACHT DER UNTERNEHMER!

FÜR DIE SICHERUNG DER ARBEITSPLÄTZE!

GEGEN KRISENLÖSUNGEN AUF KOSTEN DER BESCHÄFTIGTEN!

FÜR EINE INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSPOLITIK!

GEGEN DIE MULTINATIONALEN KONZERNE!

FÜR INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

GEGEN IMPERIALISMUS! - GEGEN STALINISMUS!

FÜR SOZIALISMUS!

Nur eine klassenbewußte
Gewerkschaftspolitik
dient der wirksamen Vertretung
der Interessen der
Arbeiter und Angestellten

In den vergangenen drei Jahren sind die Gewinne der Unternehmer um 107%, die Löhne und Gehälter aber nur um 47% gestiegen. Die Teuerungsrate hält derzeit bei 9%. Der ÖGB rät den Arbeitern und Angestellten, den Gürtel enger zu schnallen, während die Ärzte streiken, die Bauern demonstrieren und die Unternehmer mit Kurzarbeit und Entlassungen drohen, um ihre Honorare, Einkünfte und Gewinne zu sichern. Und das Ganze nennt sich Sozialpartnerschaft.

Treffpunkt: 12 Uhr, Schottentor

Kundgebung: Schwarzenbergplatz

Fortsetzung auf Seite 3



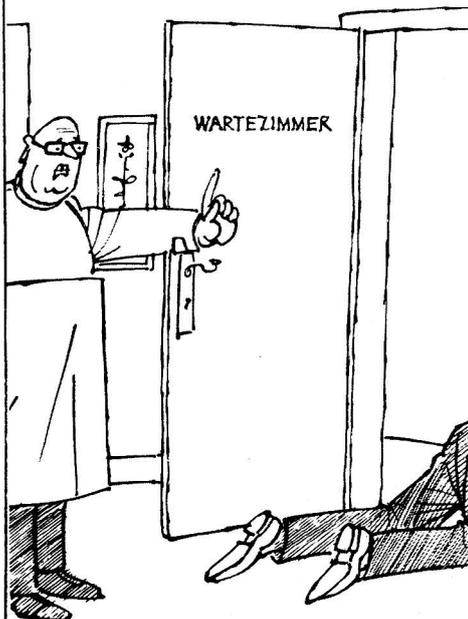
Ärzte-Streik

Wieder einmal sahen sich die Ärzte in ihrer Freiheit vom Gespenst des sozialistischen Vergesellschaftungseifers bedroht. Während aber die letzten Forderungen der Ärzte vor allem ökonomische waren (beim großen Zahnärzteboykott ging es den würdigen Herren mit den weißen Kitteln nur ums Geld), ging es diesmal nur um die Ehre:

Die neue Novelle des Gesundheitsministeriums sieht vor, daß die Kassenspatienten, die Anspruch auf die Gesundheitsuntersuchung haben, sich nicht vom zuständigen Arzt in die Ambulatorien überweisen lassen müssen, sondern direkt dorthingehen könnten.

Daume und die anderen "Verfechter der freien Marktwirtschaft im Gesundheitswesen" in der Ärztekammer erblickten darin einen Schritt näher zur Einführung des Sozialismus und zum Tod des freien Arztes. Sie bliesen ins große Boykott-Horn. Am 5. April stand der "Streik" der Ärzte auf der Tagesordnung.

Wenn auch die Mehrheit der Ärzte um keinen Deut fortschrittlicher geworden ist, wurde diese Boykott-Maßnahme nicht lückenlos befolgt. Den Ärzten waren ihre ökonomischen Interessen (Verdienstaufschlag) eines Tages scheinbar weitaus wichtiger als die ideologische Standespolitik ihrer Repräsentanten.



"Nehmen Sie es nicht auf die leichte Schulter! Sobald unser Streik vorbei ist, kommen Sie schnell zurück!"

offensiv links

Linke, Sozialisten, Kommunisten wissen wenig von ihren unterschiedlichen Problemen und Auffassungen, noch weniger oft von den wirklichen Problemen und Meinungen der "Massen" der Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten.

Die "Massen" der Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten wissen wenig oder gar nichts von den Problemen und Auffassungen der Linken, Sozialisten und Kommunisten und wenn sie einmal was hören, was sie interessieren könnte, verstehen sie nicht die Sprache der Linken.

OFFENSIV LINKS will hier eine Lücke büßen, die Kluft zwischen alter und neuer Linken überbrücken helfen.

Den Graben zwischen Linken, Sozialisten und Kommunisten auf der einen Seite und den "Massen" der Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten auf der anderen Seite zu schließen.

Durch solidarische Diskussion aller Probleme ohne dogmatische Scheuklappen, ohne Vorurteile und Aggression.

Durch breite, verständliche und aktuelle Information über alle Lebensfragen der arbeitenden Bevölkerung, über die Kämpfe gegen Kapitalismus und Ausbeutung, gegen Imperialismus und Unterdrückung.

OFFENSIV LINKS wird von der FÖJ-Bewegung für Sozialismus herausgegeben. In der FÖJ-Bewegung für Sozialismus sind Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Studenten organisiert. Die gemeinsamen Erfahrungen in der Arbeitszeit und in der Freizeit werden regelmäßig ausgetauscht. Verständnis für die Probleme des einzelnen hilft die Erkenntnis der Probleme der arbeitenden Bevölkerung allgemein vertiefen.

KONTAKTADRESSEN:

1040 Wien, Belvederegasse 10, 65-19-52

1090 Wien, Porzellangasse 33a, 34-67-145

1020 Wien, Odeongasse 1 (Eingang Große Mohrengasse), 24-70-402

ERSCHEINUNGSORT: WIEN
VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"offensiv links"

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ - Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1090 Wien, Porzellangasse 33a, Telefon: 34 67 145

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52

Kontonummer: 223-102-976, Länderbank Wien.

Einzelpreis: S 5, --

Jahresabonnement: S 50, --

Bei Mitgliedern ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag beinhaltet.

offensiv links

Fortsetzung von Seite 1

Für eine kämpferische Gewerkschaft - Weg mit der Sozialpartnerschaft

Zahlreiche Protestresolutionen aus den Betrieben und Streikaktionen sind die ersten Anzeichen dafür, daß auch in Österreich die arbeitenden Menschen nicht länger gewillt sind, dem Märchen von den gemeinsamen Interessen von Unternehmern und Arbeitern zu glauben. Um dem beginnenden Widerstand gegen die Politik der Sozialpartnerschaft wirksam Nachdruck zu verleihen, ist der organisierte Kampf der Arbeiter und Angestellten zur Durchsetzung ihrer Interessen erforderlich.

Für eine unabhängige und einheitliche Gewerkschaftspolitik - Gegen Bevormundung durch Parteien

Entsprechend den ÖVP-Parolen schieben ÖAAB und die Fraktion christlicher Gewerkschaften die ausschließliche Verantwortung für Inflation und

Verschärfung der wirtschaftlichen Situation der SPÖ-Regierung zu. Daß die Hauptverantwortlichen in den Unternehmerkreisen zu suchen sind, verschweigen sie, denn in ihrer Partei bestimmen die Industriellen und die Großagrarien die Politik. Und gegen die eigene Partei darf man nicht auftreten.

Die SP-Fraktion ist auf die Regierungspolitik eingeschworen und wird von der Regierung auch als wichtigste Stütze ihrer Politik betrachtet. Da die SPÖ nicht bereit ist, eine Politik zur Einengung der Macht des Kapitals zu führen, gerät ihre Politik zwangsläufig in Widerspruch zu den Interessen der Arbeiter und Angestellten. Ihre Tarif- und Steuerpolitik ist sichtbarster Ausdruck dafür.

Obwohl viele Forderungen der KP-Fraktion die Interessen der Arbeitenden widerspiegeln, wirkt sie selbst unglaublich durch die bedingungslose Unterwerfung unter die Parteipolitik: sie sieht in der SPÖ den Hauptfeind, verteidigt den Neostalinismus und bekämpft alles, was links von ihr steht.

Deshalb dürfen sich die Gewerkschaften nicht von den Parteien bevormun-

den lassen. Nur der gemeinsame Kampf aller arbeitenden Menschen ohne Rücksichtnahme auf Regierung und Kapital kann die Interessen der Arbeiterklasse erfolgreich durchsetzen.

1.Mai - Internationaler Kampftag der Arbeiterschaft

Die stärkste Waffe der Arbeiterklasse ist die Solidarität. Über alle Staatsgrenzen und nationale Unterschiede hinweg solidarisieren wir uns mit allen kämpfenden Völkern gegen Kolonialismus und imperialistische Aggression, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für Unabhängigkeit und Freiheit. Unsere besondere Solidarität gilt dem chilenischen Volk in seinem Kampf gegen die faschistische Militärdiktatur.

**Dafür demonstrieren wir
am 1. Mai**

**Die FÖJ-Bewegung für Sozialismus beteiligt sich an der Wahl
zur Wiener Arbeiterkammer im September 1974.**

**Wir kandidieren gemeinsam
mit unserer Gewerkschaftsfraktion unter dem Titel:**

Gewerkschaftliche Einheit

**Die Wahlplattform ist in der „alternative“
(Informationsblatt der Arbeitsgemeinschaft für
Gewerkschaftliche Einheit)**

erschienen und wird auf Wunsch zugeschickt.

Arbeitskämpfe in Österreich

Erfolgreiche Lohnkämpfe

In der letzten Nummer von OL berichteten wir über Lohnverhandlungen der Bauarbeiter, Molkereiarbeiter und in der Fettindustrie. In allen drei Bereichen schalteten die Unternehmer auf stur und verzögerten die Verhandlungen mit der Gewerkschaft, bzw. brachen diese ab. Ihre Angebote waren für die Arbeiter unannehmbar. Die Arbeiter waren kampfbereit und ungeduldig, sie wollen sich nicht mehr ausschließlich auf das Verhandlungsgeschick ihrer Gewerkschaftsspitzen verlassen. In den Molkereien Wiens und Niederösterreichs wurde zwei Tage lückenlos gestreikt. Die Fettarbeiter führten eine Reihe von streikähnlichen Betriebsversammlungen durch. Bei Unilever stimmten bei einer Urabstimmung 98% der Kollegen für den Streik. Hier, wie auch bei den Bauarbeitern, genügte die Streikdrohung, um die Unternehmer zum Nachgeben zu bewegen.

Die Ergebnisse: Bauarbeiter-Kollektivvertrags-Löhne um 14,62% höher, Erhöhungen beim Wege-, Trennungs- und Nächtigungsgeld.

Molkereiarbeiter - Erhöhung der KV-Löhne um 16,5%, Verbesserungen bei der Dienstalterzulage.

Fettindustrie: Erhöhung der Wochenlöhne um 140.-- bis 196.-- S, kleine Erhöhung der Dienstalterzulage. Ein Teil der Forderungen (Angleichung der Frauenlöhne) wurde allerdings bis zum Abschluß eines allgemeinen Kollektivvertrages für die Lebensmittelarbeiter zurückgestellt.

Bei der Firma GOERZ-ELECTRO in Favoriten wurde eine innerbetriebliche 5-prozentige Lohnerhöhung erreicht. Diese wurde mit mindestens S 300.-- im Monat festgelegt, so daß alle, die weniger als 6.000.-- verdienen, mehr als 5% erhalten. Dies bewirkt eine Angleichung der kleinen Löhne und wurde allgemein als richtig empfunden.

Es bleibt dabei: Der wirksamste und oft einzige Schutz der Arbeiterschaft vor der ungeheuren Preistreiberei ist

der Kampf um mehr Lohn. Wie die Beispiele zeigen, lohnt es sich, kampfbereit zu sein und kein Mißverständnis aufkommen läßt, daß man auch bereit ist, das Mittel des Streiks anzuwenden.

Böhler-Werk-Waidhofen

Ende März fand im Böhlerwerk die erste Betriebsversammlung seit dem 17-tägigen Streik im Vorjahr statt. Damals hatten die Böhlerarbeiter bewiesen, daß sie notfalls auch ohne Unterstützung der Gewerkschaft bereit sind, für ihre Forderungen zu kämpfen. Dies hatte Auswirkungen auf breite Teile der österreichischen Metallarbeiter, die einigen ÖGB-Funktionären gar nicht recht waren. Um zu verhindern, daß diesmal wieder die Böhlerarbeiter "aus der Reihe tanzen", bemühte sich der Metallarbeitersekretär von Niederösterreich, Pegg, nach Leibeskräften, die Böhlerarbeiter zu beruhigen. Die Unzufriedenheit mit der Verzögerung der Lohnsteuerreform, der enormen Teuerung und der Lohnpolitik des ÖGB wurde bei dieser Versammlung sehr deutlich sichtbar. Um etwaigen Angriffen auf die SPÖ-Betriebsratsmehrheit, die beim Streik eine schändliche Rolle gespielt hatte, die Spitze zu nehmen, hat der Betriebsratsobmann Lettner sein Mandat zurückgelegt. So ist es den SP-Betriebsräten und der Gewerkschaftsspitze noch einmal gelungen, die Arbeiter zu beschwichtigen.

Österreichischer Bergbau

Im Jahr 1973 ging die Zahl der im Bergbau beschäftigten Arbeiter und Angestellte von 17.900 auf 16.800 zurück. Das ist eine Verringerung im Personalstand um 6,2 Prozent. Im Vergleich dazu sank die Produktion im Kohlenbergbau um 3,3%. Kupfererz wurde um 6,4% mehr gefördert und im Blei-Zinkerzbergbau gab es eine Steigerung der Förderung um fast 30%. Das heißt, weniger Arbeiter produzieren immer mehr Bergbau-

produkte. Lohnerhöhungen decken kaum die Teuerungsraten ab. Was geschieht ist mit der Produktivitätssteigerung? Sie wird zu zusätzlichem Profit. Ob sich das die Arbeiter gefallen lassen...

MIT EINEM FINGER KANN MAN DRAUFZEIGEN-



MIT FÜNF ZUPACKEN!

Alpine Traisen

Dieser Betrieb des VÖEST-Alpine Konzerns gehört zu den vielen, deren Betriebsräte in den letzten Wochen Resolutionen für die Vorziehung einer Lohnrunde und der Lohnsteuerreform beschlossen. Die Gewerkschaftsspitzen behaupteten mehrmals, daß diese Resolutionen nicht dem Willen der Mehrheit der Arbeiter in den betreffenden Betrieben entsprachen, sondern von unverantwortlichen Elementen in den Betrieben durchgesetzt wurden. Abgesehen davon, daß viele dieser Betriebsräte mehrheitlich sozialdemokratisch sind, wurden viele der Resolutionen in Betriebsversammlungen mit übergroßer Mehrheit gefaßt. Mitte April war nun in Traisen die Betriebsversammlung. Der Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft Sepp Wille (der durch seine Abwürgungsversuche beim Böhlerstreik berühmt wurde) versuchte in einem langen Referat die Arbeiter davon zu überzeu-

gen, daß die Forderungen ihrer Betriebsräte unrealistisch seien und daß die Wirtschaft in einer schwierigen Lage sei; kurzum, man soll vernünftig und bescheiden sein. Die Antwort der Belegschaft war ein einstimmiger Beschluß, in dem auf den Forderungen der Betriebsräte beharrt wurde!



Glanzstoff St. Pölten

Die Arbeiter hatten durch ihren Betriebsrat die Forderung nach einer Lohnerhöhung um zwei Schilling pro Stunde erhoben. Die Verhandlungen mit der Geschäftsleitung zogen sich

Monate dahin. Die Chemiegewerkschaft erklärte zwar, sie unterstütze die Forderungen, praktizierte aber die übliche Verzögerungstaktik. Das Stimmungsbarometer im Betrieb stand auf Kampf. Im April tagte eine Betriebsversammlung, in der ein Gewerkschaftssekretär mitteilte, daß sich die Gewerkschaft mit der Betriebsleitung auf eine Erhöhung um S 1,50 geeinigt hätte. Von den Verhandlungen wußte nicht nur die Arbeiterschaft nichts, sie wurden auch hinter dem Rücken des Betriebsrates geführt. Die Empörung war dementsprechend groß. In einer Abstimmung lehnten 540 von 738 anwesenden Kollegen das Verhandlungsergebnis ab und forderten weitere Verhandlungen unter Beteiligung des Betriebsrates. Wir werden in der nächsten Nummer über den Ausgang des Konfliktes berichten.

Zusammengestellt von H. B.

Bilanzpapier erschienen

DER STELLENWERT VON BILANZEN
IN LOHNKÄMPFEN

Welche Bilanzen gibt es?

Wie lese ich Bilanzen? Wie durchschaue ich sie?

Arten der Gewinnverschleierung - Vermögensfalschbewertung - Aufwandmanipulationen

von Helmut Höpfinger und Hans Steiner

Dieses Papier kann ab sofort bestellt werden:

Telefon 65-19-52 oder 34-65-54



"offensiv links"-Leser bekommen es auf Wunsch zugeschickt.

Sind die Juden selbst schuld?

Der Gigantenkampf zwischen "Kurier" und "Kronenzeitung" treibt die Werbefachleute zu immer abstruseren Einfällen. Überlebten sich die aufwendigen Preisrätsel, so ging man zu anderen Nervenkitzel über. Wie bei jeder anderen Ware, die man am Markt anbietet, wird die Verpackung und Aufmachung bald wichtiger als der Inhalt. Man appelliert an Gefühle und Instinkte. Der Gebrauchswert der angebotenen Ware ist oft so kärglich, daß man gezwungen ist, sich an das Unbewußte im Menschen zu richten. Hätte die "Kronenzeitung" auf jede Sensationsmasche bei der Gestaltung der Serie "Juden in Österreich" verzichtet, so wären die Folgen wahrscheinlich ein Reinfall gewesen, fade, unpräzise Geschichten über die Juden. So sind aber - bloß zur Werbung versteht sich - unterschwellig antisemitische Emotionen breitgetreten worden.

Da wird auf Plakaten der weiße jungfräuliche Streifen der österr. Staatsflagge mit einem Davidstern befleckt.

Vom Autor, dem VdU-Begründer Reimann wird sein Nichtjudentum be-

tont, um so eine Garantie für seine Objektivität gewährleisten zu können. Der Titel der Serie "Juden in Österreich", muß auch einigen Spießern das Herz höher schlagen lassen. Das, was sie ständig behaupten, wird nun von der "Kronenzeitung" bestätigt: die Juden sind keine Österreicher, sie haben sich bloß bei uns eingemischt und leben von unserem Wohlwollen. Als Prototyp des heutigen Juden stellt man den alten, vollbärtigen, orthodoxen Gläubigen hin. Die Sonntags auf jeder Straßenecke uns anstarrenden Pappjuden entsprechen eher der Vorstellungswelt des "Völkischen Beobachters" als der Wirklichkeit.

Vergessen wir einmal diese reißerische Verpackung, und prüfen wir den Inhalt. Er beginnt vielversprechend für den Antisemiten: "eine der Hauptursachen für den Antisemitismus muß wohl im Juden selbst zu suchen sein. Es ist sein Wille zum Anderssein, zur Absonderung von den Nichtjuden".

Die Juden sind ein ganz schön verbohrt Volk. Sie verblieben über Jahrtausende beim "anderssein" "ja,

sie ertrugen Verfolgungen bis zur physischen Vernichtung, doch von ihrem Exklusivbündnis mit Gott standen sie nicht ab... das mußte die anderen irritieren". Diese Logik besticht. Die Ablehnung von Minderheiten liegt an den Minderheiten selbst, warum schließen sich nicht der Mehrheit an? Neben dieser paritätischen Schuldverteilung gibt Reimann gleich wieder ein Zeichen seiner Objektivität. Er bestreitet nicht, daß Juden im 2. Weltkrieg hingerichtet wurden. Die von "Juden" genannte Zahl von 6 Millionen scheint ihm als objektiven Nichtjuden als zu erhöht. Vielleicht waren es nur 5 Millionen, das beruhigt unser Gewissen.

Neben dieser modernen Version des Antisemitismus breitet sich unendliche Langweile über die Artikel. Der Antisemitismus ist der Knoblauch in der sonst faden Suppe "Juden in Österreich".

Die trotz aller Beteuerungen wieder aufgewärmten judenfeindlichen Ge-

Fortsetzung auf Seite 9

A do schau her...

"Hallo, Taxi!" rief der Gewerkschaftssekretär und stieg in den anhaltenden Mercedes. "Bitte, zum Westbahnhof". Er räkelte sich im Sitz und schlug die "Kronen-Zeitung" auf.

"Haß is heut" eröffnete der Taxichauffeur das Gespräch. "Ja, ein herrlicher Frühlingstag" sagte der Fahrgast und blätterte in der Zeitung.

"Lesen's a die Serie über die Juden in Österreich?" erkundigte sich der Fahrer. "Nein, ich suche den Bericht über den Generalstreik in Frankreich. Die hauen dort ganz schön d'rauf..." "Bis sie eines Tages selber eins draufkriegn. Das Saupack." "Wen meinen 'S jetzt?" fragte der Fahrgast erschrocken. "Doch nicht die Gewerkschaften?"

"Die ganze Kommunistenbagasch steckt dahinter, is eh klar. Und die Juden!" "Wo ham 'S das her?" fragte der Gewerkschaftssekretär und lockerte die Krawatte. "Na, von der 'Kronen-Zeitung'. Da können'S das alles

selber lesen." antwortete der Chauffeur.

"Aber Sie können doch nicht alles in einen Topf werfen! Die Gewerkschaften tun auch dort nur ihre Pflicht. Daß sie manchmal zuweit gehen, is scho wahr. Aber andere Länder, andere Sitten. Die haben das mit dem Verhandeln und mit der Paritätischen noch nicht heraus, Aber das hat doch nichts mit Kommunisten oder Juden zu tun! Man muß objektiv sein!"

"Ach hören'S ma auf damit! Des san doch lauter Narrische, die die Ordnung und Ruhe zerstören wollen. Des waß do a jeda. Lesen'S ka Zeitung?" "Da müssen'S eben genau lesen! Das eine ist historisch, das andere ist aktuell. Lesen Sie nicht die 'Kronen-Zeitung'? Das kommt doch eindeutig heraus!"

"I hab mei 'Kronen-Zeitung' glesen! Und wann'S as genau lesen, verstehn Se a die Zusammenhänge! Sie müssen zwischen de Zeilen a lesen! Die Juden und die Kommunisten, I sag's

immer. Die einen treiben die Preise hoch, weil's die andern die Löhne hochtreiben mit ihren narrischen Forderungen und Streiks. A klaner Hitler g'hört her!"

"Wie können Sie sowas sagen!" rief der Gewerkschaftssekretär und wischte sich über die Stirn. "Ich bin selber Gewerkschafter, und wir vom ÖGB haben immer die größte Verantwortung an den Tag gelegt. Nicht wir sind an der Inflation schuld! Wir halten uns eh zurück, wo es geht." "Na hoffentlich. Sonst hamma bald die Zustand da wie in Frankreich. Das Chaos! Mit de Streiks fangt's an, mit dem Schießen hört's auf. Des kenn' ma scho. Sowas könn' ma bei uns net brauchen!"

"Sie können sich auf uns verlassen!" sagte der Gast, zahlte und stieg aus. "Wenn Sie morgen früh am Taxistandplatz stehen, können wir unser Gespräch fortsetzen. Ich komme mit dem Frühzug aus Salzburg an." "Morgen?" fragte der Taxifahrer verwundert über soviel Unwissenheit. "Morgen müssen S scho zu Fuß gehen oder mit der Tramway fahrn. Morgen ist nämlich Streik der Taxiunternehmer!" sprach es und brauste davon.

„Leistungsschau“

In der ersten Maiwoche wird Polizei die Nebenfahrbahn am Ring vor der Universität absperren. Unter den Bäumen und auf der Universitäts-Rampe werden Vitrinen, in der Schottenpassage Hinweistafeln montiert; weißbekittelte Männer werden einen großangelegten Versuch zeigen und Großveranstaltungen werden das ganze ergänzen: die Professoren der Philosophischen Fakultät veranstalten eine "Leistungsschau".

Die Professoren fühlen sich von zwei Seiten bedrängt: Einerseits vom sozialdemokratischen Ministerium, daß im neuen Universitätsorganisationsgesetz die Allmacht der Professoren ein wenig einschränken will. Diese Allmacht der Professoren steht nämlich im Gegensatz zu den kapitalistischen Ausbildungsinteressen, die den Ablauf der akademischen Ausbildung nicht von den Neigungen der einzelnen Professoren, sondern von den tatsächlichen Verwertungsbedürfnissen des Kapitals

abhängig sehen wollen. Andererseits von der wachsenden linken Studentenbewegung.

In dieser Situation treten die Professoren die Flucht nach vorne an: Von der Industrie, Ministerium und Gemeinde unterstützt, soll der Bevölkerung am Verkehrsknotenpunkt Schottentor die Philosophische Fakultät so dargestellt werden, wie sie die Professoren gerne sehen würden.

Gegen den Plan dieser Leistungsschau haben Studenten und Assistenten schon Protest angemeldet. Die bürgerlichen Studentengruppen und die meisten Assistenten beklagen bloß die mangelnde Mitbestimmung und fragen nicht danach, woran sie sich beteiligen wollen. Die linken Studenten haben den ganzen Klamauk bereits abgelehnt. Sie argumentieren, daß die Leistungsschau der Bevölkerung ein völlig falsches Bild von der Philosophischen Fakultät vorspiegelt.

Den Lehrern, die dort ausgebildet werden, wird die Aufgabe zugedacht, die Kinder den kapitalistischen Normen anzupassen. Die modernen Sozialwissenschaftler haben die Aufgabe, "wissenschaftlich" neue Herrschaftsmethoden zur besseren Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten zu entwickeln (Betriebspsychologie, Marktforschung). Die Naturwissenschaftler dienen auch eher den großen pharmazeutischen Konzernen als der Gesundheit der Bevölkerung.

Die immer stärker werdende linke Studentenbewegung jedoch ist bestrebt, diesen Verschleierungszusammenhang aufzubrechen und möglichst großen Teilen der Intelligenz die Perspektive eines Bündnisses mit der Arbeiterschaft zu weisen. Deshalb wird die "Leistungsschau" von ihr abgelehnt und sie wird in geeigneter Weise versuchen der Bevölkerung darzulegen, was die Philosophische Fakultät wirklich "leistet".

Wahlen in Frankreich

Historisch gesehen ist der Gaullismus spätestens seit dem Mai 1968 überlebt. Die damaligen großen Klassenkämpfe, der Generalstreik von Millionen Arbeitern und Angestellten, erschütterten das System bis ins Mark. Daß 1968 die Flucht des Regimes nach vorn in Neuwahlen Erfolg hatte und die Linken eine Niederlage erlitten, lag auch an der Unfähigkeit der traditionellen Arbeiterparteien vor allem der KPF und der Gewerkschaften. Sie verstanden es nicht, eine Brücke zwischen Tagesforderungen und den revolutionären Zielen zu schlagen, vermittelnde Losungen und Forderungen zu formulieren und durchzusetzen und die eigenen erstarrten Strukturen den neuen Inhalten und neuen Formen der Bewegung anzupassen.

"La vie est lente, mais l'espérance est violente." Das Leben ist langsam, aber die Hoffnung ist stürmisch. Hatte der Mai 1968 gemessen an der Stärke der Erschütterung unmittelbar nur magere Ergebnisse (vor allem Lohnerhöhungen, die die Inflation bald auffraß und viele Versprechungen), so war doch nach diesem Mai alles anders, alle Beziehungen und Bezugspunkte verändert, standen neue Perspektiven auf der Tagesordnung.

Das Abkommen von SP und KP vom Juni 1972, ein komplettes Regierungsprogramm, ist ohne den Mai 1968 undenkbar. Dieses Abkommen ist zwar ein Kompromiß der Parteioberen und kein Ergebnis von Massenkämpfen, akzeptiert diese aber trotzdem als politische Handlung. Die Nationalisierung eines beachtlichen Teils der Industrie und der Banken, eine Teilreform der autoritären Präsidialverfassung und andere Maßnahmen sind zur Errichtung einer "fortgeschrittenen Demokratie" (so bezeichnet die KPF diese Phase), als Etappe auf dem Weg zum Sozialismus gedacht.

Bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 1973 konnten die Gaullisten auf Basis des undemokratischen Wahlrechts trotz großer Verluste die Mehrheit halten. Die KPF erholte sich von der Schlappe des Jahres 1968, bekam aber immer noch weni-

ger Stimmen als 1967, obwohl es eine Million Wahlberechtigte mehr gab (1967 war auch nicht ihr bestes Ergebnis). Die Gründe für die Stagnation der kommunistischen Bewegung zu diskutieren, wobei die Dimensionen in Frankreich natürlich völlig anders liegen als in Österreich, würden den Rahmen dieses Artikels sprengen. Die insgesamt gesehen rechts von der KP stehende SP unter Mitterand erreichte ihr taktisches Ziel, sich im Kampf gegen den Gaullismus zu konsolidieren und zumindest bei Wahlen eine mit der KP vergleichbare Größenordnung darzustellen.

Die durch den Tod Pompidous vorzeitig fällig gewordenen Präsidentschaftswahlen haben auf Grund der auf den Präsidenten zugeschnittenen Verfassung größere Bedeutung als die Parlamentswahlen. Gegen de Gaulle erhielt Mitterand 38% der Stimmen. Gegen Pompidou kam kein linker Kandidat in die Stichwahl, weil SP und KP im ersten Wahlgang getrennt kandidierten. Die Entscheidung, die ja auch Radikale und PSU umfaßt, schon im ersten Durchgang Mitterand zu unterstützen, bringt den Linkskandidaten angesichts des völlig konfuse, gespaltenen bürgerlichen Lagers mit Sicherheit in eine eventuelle Stichwahl. Mitterand als Präsident Frankreichs ist nicht ausgeschlossen.

Der Gaullismus hat abgewirtschaftet, seine korrupten Züge haben mehr und mehr überhand genommen. Er hat selbst in den Klassen, auf die er sich traditionell stützt, z.B. bei den Bauern, an Anhang verloren. Das Bürgertum ist uneinig über die künftige einzuschlagende Politik, es ist im Augenblick nicht fähig, eine klare glaubhafte Perspektive zu präsentieren. Die mögliche Ablöse des Gaullismus sechs Jahre nach dem Pariser Mai bedeutet jedoch noch lange nicht den Sturz des Kapitalismus. Die französische Bourgeoisie wird keinen Fußbreit ihres Terrains kampflös preisgeben, der staatliche Repressionsapparat, den sie in den

letzten Jahren aufgebaut hat, sucht seinesgleichen. Abgesehen davon ist, das SP-KP-Programm kein Übergangsprogramm, in dessen Rahmen sich die Frage der Macht auf revolutionäre Weise stellen läßt, wo die Arbeiterklasse über ihre neue Repräsentanz im bürgerlichen Staat hinaus zur Machtquelle wird. Doch würde ein Wahlsieg Mitterands der Klassenauseinandersetzung eine Dynamik geben, die früher oder später die Grenzen dieses Programms überschreitet.

Die Geschichte Frankreichs ist zum Teil eine Geschichte revolutionärer Erhebungen. Welches Land, wenn nicht Frankreich, kann in Westeuropa Ausgangspunkt und Hebel sozialistischer Veränderungen sein?

Frankreichs Vorbereitungen auf Chile

"Manat'73", Ende November angesetzt, war ein Stabsmanöver der französischen Armee. Hinter dem Manöver-Code verbirgt sich die Abkürzungsformel für "Nationale Manöver". Das Konzept "Manat'73" ist die präventive Verhinderung eines "kommunistischen Umsturzversuches". Es gehört zu den bestgehüteten Geheimnissen. Verteidigungsminister Galley deutet nur soviel an:

Die Abwehr ist nicht alleinige Sache der Armee. In "Manat'73" arbeitet sie eng mit der kasernierten Gendarmerie, mit der Polizei-Elitetruppe CRS und den Ministerien für Inneres, Post, Transport und Arbeit zusammen. Bei den ersten "Manat"-Manövern im Frühjahr, das ebenfalls dem inneren Notstand galt, wurden Informationslücken offenbar. Es stellte sich heraus, daß die Kenntnisse über die politische Linke von den Kommunisten der KPF bis hin zu den Anarchisten, Maoisten und den Kampfkadern in den Gewerkschaften lückenhaft waren. Jede Region muß bis zum Manöverbeginn ihre Listen über linke Personen und Organisationen auf den letzten Stand gebracht haben. Die Personen-Listen haben den Zweck, alle Links-Verdächtigen bei einem Regierungswechsel schneller noch als in Chile verhaften und "isolieren" zu können.

Europa der Konzerne- Europa der Arbeiter

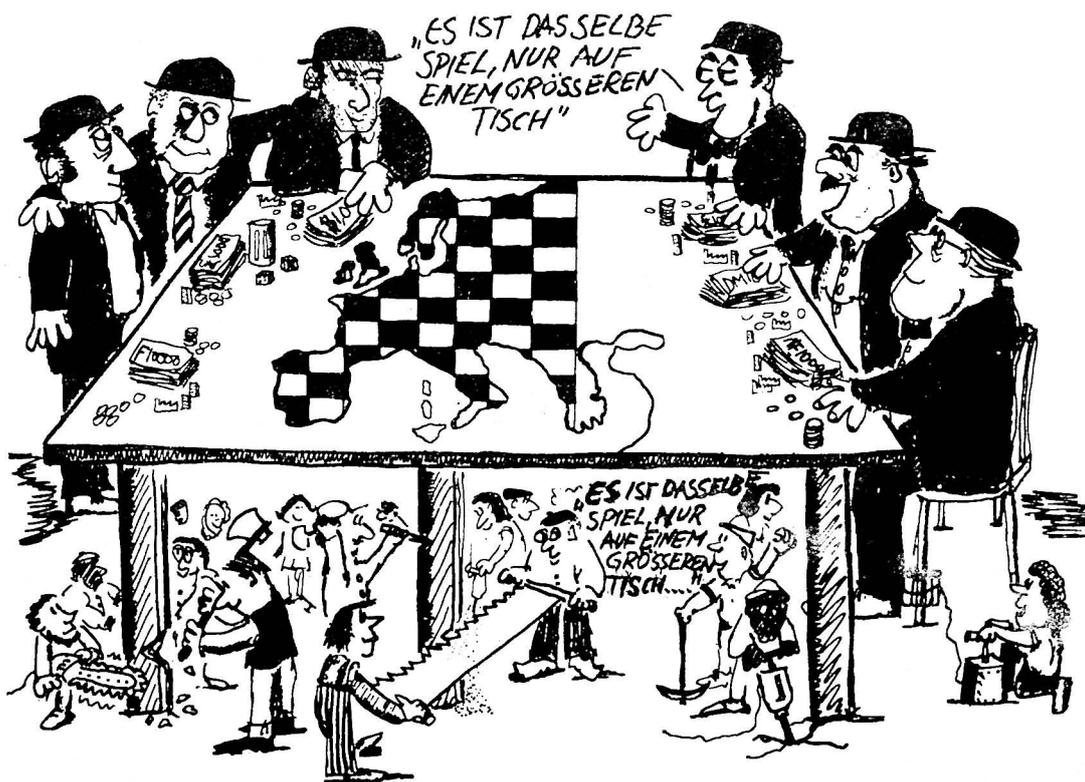
Bei der Außenministerkonferenz der EG (Europäischen Gemeinschaften) am 1./2. April in Brüssel wurden die Widersprüche zwischen den einzelnen europäischen Staaten in aller Nacktheit sichtbar. England verlangt eine Sonderstellung, Frankreich will die Einmischung der Vereinigten Staaten in die europäischen Angelegenheiten ausschalten, in der Erdölkrise suchte jeder sein Heil, wo er es fand.

Im Gegensatz dazu gehen verschiedene Bestrebungen von der europäischen Linken und der Gewerkschaftsbewegung aus, durch gemeinsames Handeln ein Europa der Arbeiter jenseits der Kapitalisten und der Konzerne entgegenzustellen. Dazu gehören sowohl die Brüssler Tagung kommunistischer Parteien Westeuropas mit einer deutlichen Betonung ihrer unabhängigen und eigenständigen Positionen auf dem Weg zu einer sozialistischen Alternative, wie das

Treffen westeuropäischer Chile-Komitees Ende April in Frankfurt.

Als wichtigste Ebene dieser Bemühungen ist die Gewerkschaftliche, welche die unmittelbar praktische Dimension im Kampf gegen die multinationalen Konzerne, die konkrete Solidarität zu ihrem Inhalt hat. Sie gilt es verstärkt voranzutreiben. Als erste Erfolge können gewertet werden: nach der Beteiligung der AEG-Telefunken am größten italienischen Elektrokonzern Zanussi berief 1972 der europäische Metallarbeiterbund eine Tagung ein, an der sich neben der IG-Metall auch alle drei italienischen Metallgewerkschaften beteiligten. Es wurden die sozialen Auswirkungen der neuen Fusion erörtert und Maßnahmen zum Schutz der betroffenen Arbeiter beschlossen. In Bielefeld tagte die erste internationale Arbeiterkonferenz gegen den Oetker-Konzern (Backpulver und

Chemie). Einberufen wurde sie durch die internationale Lebensmittel und Genußmittelarbeitergewerkschaft, der 117 Einzelgewerkschaften mit 1,7 Millionen Mitgliedern aus 57 Ländern angehören. Vor dem Eintritt Dänemarks in die EWG expandierte Oetker in diesem Land. Nach dem EWG-Beitritt fiel der Zoll und die Produktion wurde gedrosselt. November 1972 trafen sich in Mailand Gewerkschaftsvertreter der italienischen, französischen, englischen und spanischen Pirelli/Dunlop bzw. Michelin-Werke, da nach dem Zusammenschluß von Pirelli und Dunlop in England prompt 7.000 Arbeiter auf die Straße gesetzt wurden. Ähnliches ließ sich nun in den anderen Ländern befürchten. Diese Treffen gingen von der richtigen Schlußfolgerung aus: der Strategie der multinationalen Konzerne eine internationale Strategie der Gewerkschaften entgegenzusetzen!



Sind die Juden...

sinnungen, sollen aber nicht vergessen machen, daß die heutigen Opfer einer solchen vorurteilsgeladenen Ideologie weniger die Juden als die Kommunisten, Gastarbeiter, Araber, Hippies, usw. sind.

Fremdenhaß richtet sich nach Bedarf auf die jeweils geeignetste Gruppe. Auf soziale Ungleichheiten basierende Gesellschaften benötigen "ihre Juden" zur Ablenkung von den wirklichen Herrschaftsverhältnissen.

Wird der Antisemitismus nicht als politische Waffe der jeweils Herrschenden zur Kanalisierung der Unzufriedenheit aufgezeigt, so muß jeder Versuch zur Aufklärung versagen.

DIE MORAL UND DER ÖKONOMISCHE DRUCK

Außer "AZ" und "Volksstimme" fand sich kein Journal, das nur in einer Zeile zu dieser antisemitischen Kampagne Stellung bezog. Der Chefredakteur der "AZ" schrieb: "Mich fröstelt", nachdem er die ersten Folgen gelesen hatte. Zu einer handfesten Kritik sind ihm wohl die Möglichkeiten versperrt, sind doch die Protegees der "Kronenzeitung" führende Funktionäre seiner eigenen Partei. Die Kritik der "Volksstimme" an dieser Serie kann auch nicht voll befriedigen, vergegenwärtigt man sich nämlich, daß antisemitische Wellen in den etatistisch-sozialistischen Staaten von derselben Zeitung entweder verschwiegen oder sogar abgeleugnet werden.

Einer Anzahl von Redakteuren des "Kuriers" waren die antisemitischen Untertöne und der Waschmittelstil ihres Konkurrenzblattes nicht geheuer. Die Geschäftsführung des "Kurier" verhinderte jedoch eine kritische Stellungnahme, wegen eines bißchen Antisemitismus wird man doch nicht das Kriegsbeil gegen den anderen Giganten ausgraben. Konkurrenzzwang und Anständigkeit lassen sich halt nicht so leicht vereinbaren.

Internationale Nachrichten

Naher Osten

Es ist noch immer nicht entschieden – nach den Vermittlungen des amerikanischen Außenministers Kissinger, nach den Truppentrennungsabkommen an der Suez-Front und den fieberhaften Vorbereitungen zur Wiedereröffnung des Suezkanals, nach den Verhandlungen in Genf, nach dem Ölboycott arabischer Förderländer – wer Sieger und wer Verlierer des letzten Waffengangs im Nahen Osten ist. An der Golan-Front, zwischen Syrien und Israel gehen die Kämpfe, wenn auch mit gedrosselter Intensität, weiter. Trotzdem sind beide Seiten "optimistisch", daß auch da bald ein Truppenentflechtungsabkommen zustande kommen würde.

Israels Situation kann ohne jede tendenziöse Note als schwierig bezeichnet werden. Dies betrifft nicht nur seine außenpolitische Lage, die im Zeichen einer zunehmenden Isolation steht. Bezeichnend dafür ist der Beschluß des UNO-Sonderausschusses für Fragen der Apartheid (Rassenpolitik der von weißen Minderheiten beherrschten afrikanischen Länder): der Sonderausschuß zeigte sich über Berichte "schwer besorgt", denen zufolge Israel seine diplomatischen Beziehungen mit Südafrika auf Botschafterebene anzuheben plant. Dies scheint Israels einzige Reaktion zu sein auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu ihm durch zahlreiche schwarzafrikanische Länder. In dieses Bild paßt auch die Erklärung des Vatikan-Sprechers Mgr. Alessandrini, der in einem Interview für die israelische Tageszeitung Ha-aretz vom 5. Februar 1974 an der Internationalisierung Jerusalems als Forderung festhielt und die Anerkennung Israels durch den Vatikan auf den Zeitpunkt verschob, da Israel arabischerseits diplomatisch anerkannt würde.

Innenpolitisch stehen die Dinge in Israel noch weitaus ungünstiger. Über sieben Milliarden Dollar kostete Israel der jüngste Krieg (soviel "wie

Israels Getreideimporte für die nächsten 120 Jahre", stellte der israelische Finanzminister Sapir fest und fügte hinzu, Israel befinde sich wirtschaftlich im Kriegszustand). Die Preise für Strom, Wasser und Brennstoffe schossen in die Höhe. Der Benzinpreis hat sich seit September 1973 verdoppelt. Brot, Eier, Zucker, Reis und Speiseöl, also Grundnahrungsmittel haben sich sogar bis zu 60 % verteuert. Die Gewerkschaften reagieren unter dem Druck der Arbeiterschaft mit Forderungen nach Teuerungszulagen, erhöhtem Kindergeld, und die erste Streikwelle seit dem 4. Nahost-Krieg breitet sich aus. Die Wahlen, die mit einem starken Rechtsruck endeten, erbrachten zwar eine knappe Mehrheit für die Koalitionsparteien, ihre internen Streitigkeiten wurden aber nicht gelöst. Zuerst schmolte Israels Verteidigungsminister Dayan und wollte nicht mehr Kriegsminister sein, jetzt trat Golda Meir zurück. Die Polarisierung des Landes belegt auch ein Manifest, das von 96 israelischen Persönlichkeiten unterzeichnet wurde und in dem gegen die Okkupationspolitik der Regierung protestiert wird.

Aus dem Ölboycott der arabischen Förderländer haben die internationalen Ölkonglomerate die größten Gewinne gezogen. Getroffen wurden in erster Linie nicht die USA, sondern ihre wirtschaftlichen Rivalen Japan und Europa. Trotzdem hat der Ölboycott eine gewisse symbolische Stärke jener Länder offenbart, die bis jetzt noch jedem politischen und wirtschaftlichen Erpressungsversuch seitens der multinationalen Konzerne und ihrer Beschützer, der imperialistischen Länder fast schutzlos ausgesetzt waren. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen arabischen Regierungen scheinen nach wie vor ihr gemeinsamster Nenner zu sein. Größter Nutznießer sind die USA, die im Begriff sind, der Sowjetunion, im Nahen Osten jeden Rang streitig zu machen. Dies nicht zuletzt dank der Mitwirkung der arabischen Länder, deren gewichtigstes, Ägypten, die Sowjetunion sogar vor der

Internationale Nachrichten

Weltöffentlichkeit mit der Beschuldigung bloßstellte, die Sowjetunion hätte unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Ägypten zu einem vorzeitigen Abbruch der Kämpfe bewegen wollen. Daß diese peinliche Meldung von Syriens Regierungs-Chef Assad nicht dementiert, sondern mit Stillschweigen bekräftigt wurde, unterstreicht noch, wie lädiert die sowjetischen Positionen in diesem Gebiet der Welt sind, und daß es hier um keine politischen Grundsätze, sondern um eine grundsätzliche Politik der Machtsicherung und der Aufrechterhaltung strategischer Stützpunkte geht.

Am meisten ungewiß ist die Sache der Palästinenser. Arafat, der Führer der PLO (Palästinensischen Befreiungsorganisation, Dachverband aller palästinensischen Gruppen) ist vollkommen auf die welt diplomatische Ebene eingeschwenkt und plappert nach, was Ägypten, die Sowjetunion und die USA als Lösung aller Probleme anpreisen: die Gründung eines eigenen Palästina-Staates. Umso interessanter sind die Standpunkte, die Najef Hawatme, der Generalsekretär der DFLP (Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas) in einem für eine israelische Tageszeitung gemachten Interview vertritt.

Hawatme, ein Marxist, aber weder ein "Orthodoxer" noch ein "Ultra-linker", lehnt die bisher einzig akzeptierte und gängige These seitens der Palästinenser ab, wonach Israel nur eine "Religionsgemeinschaft" sei. Seiner Ansicht nach ist Israel eine "im Entstehen begriffene" Nation. Es gehe darum, zwischen fortschrittlichen Israelis und den Zionisten zu unterscheiden, den Kampf der Palästinenser mit jenem der ihre eigentlichen Interessen erkennenden israelischen Massen zu verbinden. Das Ziel, sehr langfristig gesehen, sei die Bildung eines föderativen Staatsgebildes ähnlich wie in Jugoslawien.

Wieweit es überhaupt gelingt, zu verhindern, daß die Sache der Palästinenser, Ursache und Anstoß aller Probleme in Nahen Osten, unter die Ver-

handlungstische fallen gelassen oder zum Gegenstand eines Staatsschachers gemacht wird, das hängt von den revolutionären und fortschrittlichen arabischen Kräften ebenso ab wie von der politischen Kampfkraft der Palästinenser selbst.

Die dritte Welt formiert sich

Die Anfang April tagende außerordentliche Vollversammlung der UNO über Fragen des Rohstoffbesitzes und der Rohstoffverteilung der Welt ist vom Präsidenten Algeriens, Boumedienne, persönlich initiiert worden. Seine Initiative geht aber selbst auf einen Schritt zurück, den Vertreter von Ländern mit islamischer Religion bei der islamischen Gipfelkonferenz in Lahore, der Hauptstadt Pakistans, gemeinsam getan haben.

Dieser Entwicklung, die von den kapitalistischen Industriestaaten mit größtem Ernst beobachtet wird, liegt die zwar widersprüchliche, aber insgesamt positive Erfahrung zugrunde, welche die arabischen erdölproduzierenden Länder gemacht haben, als sie sich des Öls als politische Waffe zu bedienen versuchten.

An der Konferenz in Lahore nahmen 38 islamische Staaten teil: 18 arabische, 14 afrikanische und 6 asiatische Länder waren vertreten. Die Konferenz fand vom 22. bis 24. Februar 1974 statt und erbrachte trotz ihrer Kürze einige beachtliche Ergebnisse: die offizielle Anerkennung Bangla Deschs durch Pakistan; die rückhaltlose Unterstützung des Palästinensischen Volkes und ihres einzigen Vertreters, der PLO; anerkannt wird die positive Haltung christlicher Kirchen zur Palästina-Frage und scharf verurteilt werden die USA und jene Staaten, die durch ihre politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung Israels dessen Aggressionspolitik gefördert und ermutigt haben; es wurde der Appell gerichtet an die Ölförderstaaten, ihren Reich-

tum mit jenen Entwicklungsländern zu teilen, die selbst kein Öl besitzen.

Trotz aller berechtigter Zweifel, ob die Zugehörigkeit zu einer Religion die solide Grundlage für gemeinsame politische Maßnahmen gegen die imperialistische Ausbeutung abgeben kann, darf die Bedeutung dieser Entwicklung nicht unterschätzt werden. Überhaupt wenn sie im Lichte der UNO-Sitzung gesehen wird, wo die Frage auf eine Weltebene gehoben wurde – und sei diese nur die Dritte, aber geeinte Welt!



Indien

Sie zog aus mit der Parole "Gharibi Hatao" (Vertreibt die Armut!). Die indische Congress-Partei gewann unter ihrer Führung zwei Drittel der Parlamentsmandate. Heute schallt ihr, wo sie auftaucht "Indira Murdabad" (Tod für Indira) entgegen. Und der Unmut der Massen des indischen Subkontinents (600 Millionen) äußert sich nicht nur in den diversen Provinzwahlen, sondern in Aufbruch und bewaffnetem Kampf.

Indien wird sowohl von der Sowjetunion als auch von den USA als Musterbeispiel demokratischer Entwicklung in der Dritten Welt hinge-

Internationale Nachrichten

stellt und auf verschiedenste Weise unterstützt. In Wahrheit ist Indien das beste und anschaulichste Beispiel dafür, daß die Probleme eines wirtschaftlich zurückgebliebenen, von religiösen Traditionen und rückschrittlichsten sozialen Formen beherrschten Landes mit "westlicher Demokratie", sprich langsamer Abbau von Privilegien und Einführung von modernen Produktionstechniken, schier unlösbar sind.

Die Korruption ist in diesem Land fester Bestandteil aller Bereiche des öffentlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens. Der Hunger und der Hungertod von Millionen Alltag. Der aufreizende Wohlstand einer dünnen Oberschicht mit demokratisch-friedlichem Anstrich als Ausnahme unter dem Elend die Regel.

Wie in Ceylon, in Pakistan, in Südkorea und in Thailand, stellten sich auch in Indiens Hungerprovinzen die Studenten an die Spitze der Rebellion, die diesmal mit Bambusschlagstöcken der Polizei nicht zu bekriegen war. Reguläre Armee-Einheiten schossen in die Menge, wo sie sich immer zusammenrottete.

Während die Hungernden von den Studenten und der Kommunistischen Partei Indiens (Marxisten) sich nur in spontanen Zornausbrüchen zum politischen Handeln leiten lassen, formiert sich auf der anderen Seite die extreme Rechte mit gezieltem und blindwütigem Terror. Sie ebnet einem Militärputsch und einer Entwicklung à la Indonesien den Weg, der ihr von der Congress-Partei ebensowenig versperrt werden dürfte wie es in Chile beim Putsch faschistischer Militärs seitens der Christdemokraten der Fall war.

China

Man ist gewohnt in Österreich, China entweder als das bizarre Phänomen von perfektem Massentheater zu sehen, beherrscht von einem großen Regisseur oder als exotischen Kunstgenuß zu konsumieren. Neben chinesischen

Restaurants gibt es noch die "Maoisten", die in ihrem Auftreten ebenfalls nur den Eindruck erwecken, als wollten sie bestimmte äußere Formen der politischen Agitation der zwanziger und dreißiger Jahre wieder ins Leben rufen, wie die Mode dieser Zeit von kundigen Geschäftsleuten im Zuge der Nostalgie wiederbelebt und – erfolgreich verkauft wird.

Dann mokiert man sich und schüttelt den Kopf über die neue Kampagne gegen Beethoven und Konfuzius. Wenig weiß man aber davon, daß dieses bevölkerungsreichste Land der Erde (800 Millionen Menschen), bis zum Sieg der Revolution 1949 eines der ärmsten und wirtschaftlich rückständigsten Gebiete der Welt war. Zudem waren seine Ausgangspositionen noch weitaus ungünstiger als jene Indiens, das mit großzügigster Entwicklungshilfe von allen Seiten, einschließlich der Sowjetunion, rechnen konnte und kann.

Aber Chinas Verdienste bestehen nicht nur darin, daß es all jene Probleme erfolgreich gelöst hat, mit denen Indien verzweifelt und erfolglos kämpft: Hunger, Seuchen, Kindersterblichkeit, Analphabetentum, Überbevölkerung. Auch was neue demokratische Formen der Produktion und des gesellschaftlichen Verkehrs betrifft, ist China ein faszinierendes Experimentierfeld. Und obwohl viele Erscheinungen widersprüchlich und unverständlich sind, beeindruckt den Beobachter die Tatsache, daß in China die Kämpfe innerhalb der verschiedenen politischen Richtungen in der Kommunistischen Partei des Landes niemals mit Massenliquidierungen, mit Folter, Schauprozessen und physischer Vernichtung der Gegner ausgehten wurden wie zu unseligen Zeiten Stalins.

Die Würdigung und Achtung vor Chinas Errungenschaften darf aber nicht außer Acht lassen, daß Chinas Wege, Mittel und Erscheinungen als jene eines industriell wenig entwickelten, eben eines typischen Landes der Dritten Welt sind. Sie automatisch zu übertragen auf die Verhältnisse

entwickelter kapitalistischer Länder hieße sie nicht nur gründlich mißverstehen, sondern schlicht und einfach verhunzen.

In Frankreich streiken die Bankangestellten

In fast jedem anderen westeuropäischen Land unvorstellbar, in Frankreich Realität: auch die Angestellten mit den weißen Krägen, in Büros und in Banken begreifen, daß sie Lohnabhängige sind.

Am 15. Februar demonstrierten 2.000 Angestellte des "Credit Lyonnais" vor dessen Hauptsitz in Paris. 200 drangen in die Direktionsbüros ein und hielten diese besetzt. Am 22. Februar fand ein Generalstreik statt, der nicht nur auf die Filialen in der Provinz übergriff, sondern auch auf andere Bankfirmen. Zur gleichen Zeit etwa hielten bei Olivetti-France an die 400 Arbeiter, aber auch Angestellte ihren Betrieb besetzt. Sie alle wissen eines: die Gewinne sind seit Jahren rapid gestiegen, ihre Löhne hinken nach. Innerhalb einer Woche fand ein zweiter Generalstreik statt. 10.000 Bankangestellte demonstrierten in Paris. Die "Banque de France", die französische Nationalbank wurde besetzt, der Geldverkehr blockiert. Inzwischen sind auch die Angestellten von Air France in ihrem Hauptsitz in Streik getreten und sind in den Saal des Verwaltungsrates eingedrungen, weil Air France 10% der Arbeitsplätze "einsparen", d. h. 10% der Angestellten auf die Straße setzen will. Die Erkenntnis setzt sich durch: nicht der blaue Kittel oder die Krawatte entscheidet, sondern das Verhältnis zum Kapital!

Japan

Obwohl es in Japan keine Einheitsgewerkschaften gibt, haben die japanischen Arbeiter und Angestellten einen breiten Kampf gegen die Angriffe des Kapitals aufgenommen. Die wichtigsten Gewerkschaften des

Landes haben sich zu einem "Ver-
einigten Kampfkomitee" zusammen-
geschlossen und kämpfen um Lohner-
höhungen im Ausmaß von 30-42 %.
Dahinter liegen allerdings extrem
hohe Inflationsraten von etwa 25 %
und Lohnsteigerungen von etwa 18 %
im letzten Jahr, was einer Reallohn-
senkung von etwa 4 % entspricht.
Darüber hinaus fordern die Gewerk-
schaften eine Verdoppelung der Ren-
ten, eine einmalige Teuerungsab-
geltung von etwa öS 2.000,- und
eine automatische Anpassung der
Löhne an den Verbraucherpreisindex.
Die Lohnforderungen sind überdies mit
der Forderung nach absoluten Mindest-
beträgen gekoppelt.

Seit dem Frühjahr führen die Gewerk-
schaften sogenannte "Koordinierte
Aktionen" durch - Kurzstreiks, Bum-
melstreiks, Dienst nach Vorschrift
etc. - am 11. April ist ein Streik
von etwa 7 Millionen Arbeitern und
Angestellten durchgeführt worden.
An den Aktionen beteiligten sich bis-
her über 20 Millionen Arbeiter und
Angestellte; und dies, obwohl nur et-
wa 12,8 Millionen Japaner (33 %) ge-
werkschaftlich organisiert sind. Der
wachsende Einfluß der Gewerkschaf-
ten in Japan ist nicht zu übersehen.

Die Erfolge der Kampfbereitschaft
der japanischen Arbeiter und Ange-
stellten beginnen sich abzuzeichnen.
So etwa gelang es den Beschäftigten
im öffentlichen Dienst Lohnerhöhun-
gen im Ausmaß von fast 30 % zu er-
kämpfen. Über ein weiteres Streik-
ziel, das bestehende Streikverbot für
öffentlich Bedienstete außer Kraft zu
setzen, wurde bei Redaktionsschluß
noch verhandelt.



Programm für

3. MAI 1974

10. MAI 1974

17. MAI 1974

24. MAI 1974 jeweils 19 Uhr

ZYKLUS:

"THEORIE UND PRAXIS DER
GEWERKSCHAFTEN (ÖGB)"

unter Mitwirkung von Gewerkschafts-
funktionären und Betriebsräten.

(Namen werden später bekannt ge-
geben bzw. sind im Klub zu erfragen)

4. MAI 1974 19 Uhr

Christl Goldberg

BERICHT ÜBER II. EMANZIPATIONS-
KONGRESS DER UNABHÄNGIGEN
LINKEN IN FRANKFURT/M.
OSTERN 1974

11. MAI 1974 19 Uhr

KURT WINTERSTEIN
SINGT LIEDER UND DISKUTIERT
MIT DEN ZUHÖRERN

18. MAI 1974 19 Uhr

GENOSSEN LESEN AUS IHREN
LITERARISCHEN WERKEN

(Brunner, Kielsmannsegg, Pawlik ua.)

25. MAI 1974 19 Uhr

REDAKTIONSBSCHIMPFUNG

OL-Leserversammlung

Multinationale Strategie gegen Multinationale Konzerne

1. Mai 17 Uhr

Es spricht über dieses Thema

RAINER JENDIS

Betriebsratsobmann Siemens, München
Mitglied des Sozialistischen Büros
und der "Express"-Redaktion

Im "Klub links"
1020 Wien, Odeongasse 1,
Eingang Große Mohrengasse,
Telefon: 24 70 402